Ressort: Finanzen

Immobilienspekulation: Finanzindustrie wehrt sich gegen Gesetzentwurf

Berlin, 07.12.2016, 11:17 Uhr

GDN - Vertreter der Finanzindustrie versuchen offenbar, ein geplantes Gesetz zu entschärfen, welches Finanzkrisen durch Immobilienspekulation verhindern soll. Das berichtet die "Zeit".

In einem Schreiben an das Ministerium warnen die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken demnach vor "überstarken Eingriffen in Marktprozesse" und fordern, dass diese "höchsten demokratischen und fachlichen Ansprüchen genügen" müssten. Der Bankenverband wünscht sich deshalb ein "explizites Anhörungsrecht zugunsten der Verbände des Kreditwesens", bevor die Aufsicht die Instrumente einsetzen dürfe. Außerdem drängen mehrere Abgeordnete auf Gespräche mit dem Ministerium, berichtet die Zeitung weiter. Zu Beginn der Woche war bereits ein Streit bekannt geworden zwischen Abgeordneten, die für das Gesetz sind, und solchen, die aufseiten der Banken stehen. Regierungsbeamte rätseln zudem darüber, was ein bislang öffentlich nicht diskutierter Beschluss des CSU-Parteitages von Anfang November bedeutet. Im Beschlussbuch heißt es: "Ein Ermächtigungsgesetz, das der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) selbstständige Eingriffsmöglichkeiten gibt, lehnen wir ab." Dem von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Oktober vorgelegten Entwurf zum Aufsichtsänderungsgesetz zufolge soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Vergabe von Krediten begrenzen können, so die Immobilienpreise außer Kontrolle zu geraten drohen. Dafür soll sie Obergrenzen für die Kreditfinanzierung einer Immobilie festlegen, eine Mindestrate für die Tilgung vorschreiben oder die Darlehenshöhe an das Einkommen der Kreditnehmer koppeln dürfen.

Bericht online:

https://www.germandailynews.com/bericht-82038/immobilienspekulation-finanzindustrie-wehrt-sich-gegen-gesetzentwurf.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619